Energieabgabe contra Energie-Wust

Autor(en): **Jäger, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **2 (1980)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-585956

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

SES
Schweizerische
Energie-Stiftung

FSE
Fondation Suisse
pour l'Energie

FSE
Fondazione Svizzera
per l'Energia

Auf der Mauer 6, CH-8001 Zürich
Telefon ☎ 01 - 69 13 23

Secrétariat romand
Case postale 43
CH-1212 Grand-Lancy 1

SES Notizen 3/80

Energieabgabe CONTRA Energie-WUST

Ganz so schnell wie der Bundesrat gehofft hatte kommt sie nun doch nicht, die Energie-Wust. Vielleicht ist das Projekt sogar endgültig gestorben, nachdem die zuständige Kommission des Nationalrates Anfang November beschlossen hat, die Beratungen auszusetzen, bis der Bundesrat seine Botschaft zum Energie-Verfassungsartikel vorgelegt hat. Man will eine mögliche zweckgebundene Energieabgabe nun doch gleichzeitig mit der finanzpolitisch motivierten Energie-Wust diskutieren. Das Tauziehen um die Energie-Besteuerung zeigt, wie konfus die Energiepolitik des Bundes ist und mit welchen Tricks in Bern gefochten wird. Die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet. Wir von der energiepolitischen Opposition müssen in dieser zentralen Frage für die zukünftige Energiepolitik klar Stellung beziehen.

Beerdingung der Energieabgabe?

Im Februar dieses Jahres schlug der Bundesrat in seinem Finanzplan vor, die Energieträger der Warenumsatzsteuer zu unterstellen. Auf diese Weise wollte man 300 Millionen Franken für die notleidende Bundeskasse beschaffen. Einig war sich die Landesregierung aber offensichtlich doch nicht ganz. Nachdem schon für den Mai ein Beschluss in Aussicht gestellt worden war, der dann vertagt wurde, übergab der Bundesrat schliesslich im Juli eine entsprechende Vorlage dem Parlament. Die Reaktionen waren unterschiedlich, so wetterte Nationalrat Fischer vom Gewerbeverband gegen jegliche neue Steuer. Einig aber war man sich darin: bei einer Annahme der WUST hätte eine zusätzliche zweckgebundene Energieabgabe keine Chance mehr. Konsequent entschied sich der Bundesrat denn auch am 22. Oktober gegen eine zweckgebundene Energieabgabe im neuen Verfassungsartikel.

Finanzpolitische siegten über energiepolitische Ueberlegungen. Der Bundesrat hat wieder einmal gezeigt, dass er den Ernst der energiepolitischen Lage überhaupt nicht erkannt hat. Sogar die industrielastige GEK hatte mehrheitlich eine zweckgebundene Energieabgabe empfohlen. Manchem Gegner einer wirksameren, stärker aufs Sparen ausgerichteten Energiepolitik des Bundes aber ist die WUST sicher ein willkommenes Mittel, um eine zweckgebundene Energieabgabe zu verhindern.

Die SES hat bereits im August das Referendum gegen eine allfällige Energie-Wust angedroht und konnte damit weitere Organisationen beeinflussen. Wir sind der Ansicht, dass die Energie-Wust energiepolitisch keinerlei Fortschritt darstellt, dass sie eine sinnvolle Energieabgabe verunmöglicht und dass sie als indirekte Steuer als unsozial bezeichnet werden muss. Unsere Referendumsdrohung mag nicht unwesentlich zur vorläufigen Schubladisierung der Energie-Wust beigetragen haben.

Die finanzhungrige Bundeskasse ...

Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, hiess es vereinzelt in der letzten Zeit auch von Kritikern der offiziellen Energiepolitik. Aber die Energie-Wust ist energiepolitisch gesehen nicht einmal ein Spatz. Denn der Spareffekt durch die Verteuerung der Energie ist äusserst bescheiden: um 2,2 Milliarden Franken ist die Energierechnung der Schweizer zwischen 1978 und 1979

Liebe SES-Mitglieder

Schon lange haben Sie keine SES-Notizen mehr bekommen. Dies ist erst die dritte und schon die letzte Nummer in diesem Jahr. Das hat vor allem finanzielle, aber auch personelle Gründe.
Immer wieder überlegen wir uns, ob die SES-Notizen nicht grundlegend anders konzipiert werden sollten. Denn der beschränkte Platz macht die Themenauswahl recht schwierig. Gerne würden wir mehr grundsätzliche Artikel bringen, die vielleicht auch schon irgendwo anders veröffentlicht worden sind. Auf der anderen Seite sollten die SES-Notizen auch eine Dienstleistung für unsere Mitglieder sein, wo sie nützliche Informationen für ihre Aktivitäten finden. Schliesslich möchten wir auf gut recherchierte Exklusivbeiträge, die bisher das Rückgrat der Notizen bisdeten, nicht verzichten.
Lässt sich das alles unter einen Hut bringen? Sollen die SES-Notizen zu einer umfangreicheren, aufwendigeren Zeitschrift ausgestaltet werden, die sich an ein breiteres Publikum wendet? Soll unser Blatt aktueller oder grundsätzlicher werden? Sollen wir Vollständigkeit anstreben und alles bringen, was uns auf der Energieszene wichtig scheint, oder sollten wir noch stärker Schwerpunkte setzen? Und schliesslich: wie liesse sich eine aufwendigere Zeitschrift finanzieren? Wäre es sinnvoll, in begrenztem Umfang Inserate anzunehmen?
Wir wüssten gerne, was Sie zu all diesen Fragen denken. Auf alle Fälle sollten mehr Leute als bisher an den SES-Notizen mitarbeiten. Bei grösserem Umfang wäre das auch eher möglich. Bisher musste ich schon manchen Interessierten frustrieren, weil sein Text nicht in das beengende Konzept passte. Bitte schreiben Sie uns ihre Meinung. Was erwarten Sie von den SES-Notizen? Wären Sie bereit mitzuhelfen?
Es guets nöis Ruggero Schleicher

gestiegen, dieses Jahr werden es wohl noch einmal 1,3 Milliarden mehr sein. Demgegenüber ist eine einmalige Erhöhung von knapp 300 Millionen kaum von Bedeutung. Ausserdem werden die Lsten wieder einmal einseitig zuungunsten des Konsumenten, der kleinen Haushalte verteilt. Denn Energie, die sozusagen als Werkstoff für die Produktion verwendet wird, soll nach den Vorstellungen des Bundesrates von der Wust ausgenommen werden. Den vagen Versprechungen, von den auf diese Weise eingenommenen Geldern einiges für die Energiepolitik abzuzweigen, kann man angesichts des Finanzhungers der leeren Bundeskasse wenig Glauben schenken.

... verhindert die Zweckbindung der Energie-Abgabe

Und was die Bundesfinanzverwalter einmal in den Fingern haben, werden sie so leicht nicht wieder hergeben. Deshalb sind auch die Hoffnungen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf eine befristete Regelung fromme Selbsttäuschung. Die Chancen für eine zweckgebundene Energieabgabe und damit vor allem für unsere Energieinitiative wären dahin. Eine solche Abgabe jedoch wäre ein wichtiges Hilfsmittel für die notwendige Umstrukturierung unserer Energieversorgung.

Zuallererst war die Energieabgabe 1974 von den Autoren der Stabilisierungsvariante (Ginsburg, Ledergerber,Geissberger u.a.) vorgeschlagen worden. Damals wollte man diese Idee in der GEK zuerst nicht ernst nehmen und machte sich darüber lustig, Hinter diesem Vorschlag stand nicht nur der Wunsch nach einer geeigneten Finanzierung für energiepolitische Massnahmen, man wollte mit dieser Abgabe auch einen Lenkungseffekt erzielen, umweltschädigende Energieträger stärker belasten, und durch eine flexible Gestaltung der Steuersätze Preisschwankungen ausgleichen und schockartige Erdölpreissteigerungen vorwegnehmen. Mit den immer grösseren Preissteigerungen ist das Lenkungselement inzwischen mehr in den Hintergrund getreten.

Die GEK auf halbem Weg

Mit der Zeit lernte dann auch die GEK dazu und schlug in ihrem Schlussbericht eine Energieabgabe von 6% vor, die jährlich gut 700 Millionen für die Förderung energiepolitischer Massnahmen bringen sollte. Angesichts der bisherigen Energiepolitik des Bundes muss man allerdings daran zweifeln, ob diese Mittel ganz in unserem Sinne eingesetzt würden. Für Energiesparmassnahmen hat die GEK 45% davon vorgesehen. Ein beträchtlicher Teil würde aber für konventionelle Energien aufgewendet und auch für die Atomenergieforschung würde einiges abfallen.

In unserem Energiekonzept "Jenseits der Sachzwänge" haben wir vor zwei Jahren eine höhere, aber auch flexiblere Energieabgabe vorgeschlagen, die bei den damaligen Preisen jährlich rund 1,5 Milliarden ausschliesslich für die Förderung von Spartechnologien und erneuerbaren Energiequellen hätte erbringen sollen. Der Ruin der Wirtschaft werde die Folge sein, hiess es damals wieder einmal. Inzwischen haben die Oelpreiserhöhungen wesentlich höhere Belastungen mit sich gebracht.

Die in "Jenseits der Sachzwänge" skizzierten Vorstellungen wurden in der kürzlich lancierten Volksinitiative "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" konkretisiert: die in ihrer Höhe nicht festgelegten Abgaben dürfen ausschliesslich zur Verfolgung der im Einzelnen aufgeführten Ziele einer solchen Politik dienen. Um unsoziale Folgen zu vermeiden, wird der Grundbedarf der Haushalte von der Abgabe befreit.

Energiesparen – ein volkswirtschaftlicher Gewinn

Eine solche Finanzquelle für die Energiepolitik scheint ein geeignetes Mittel, um schwere Fehlentwicklungen zu vermeiden. Volkswirtschaftlich ist es viel billiger, Energie einzusparen, als noch mehr Energie zu produzieren. Aber hierzu braucht es andere Preisstrukturen und eine andere Verteilung der Investitionsmittel. Das Geld ist am falschen Ort und bei den Investitionsentscheiden werden unterschiedliche Massstäbe angelegt. Der Energiekonsument, der Sparmassnahmen durchführen müsste, orientiert sich an den mittleren Energiepreisen, die er zahlen muss. Da scheint ihm manche Investition noch nicht rentabel. Energie aus neuen Oelfeldern oder Atomkraftwerken, die heute beschlossen werden, ist aber viel teurer als dieser mittlere Preis. Und die Energieproduzenten, bei denen das grosse Geld liegt, können und wollen nicht in dezentralisierte Sparmassnahmen investieren. Atomkraftwerke werden einfach über höhere Stromtarife finanziert. Eine Energieabgabe in der gleichen Höhe könnte mehr Energie sparen helfen, als mit diesen Mitteln produziert werden kann. Eine energiepolitisch motivierte Abgabe brächte somit einen volkswirtschaftlichen Gewinn.

Das Zustandekommen der Energie-Wust würde die Erfolgschancen der Energie-Initiative drastisch verringern. Wir müssen sie deshalb entschieden bekämpfen. Selbst wenn der gesamte Ertrag einer Energiepolitik in unserem Sinne zugute käme, wäre sie abzulehnen, weil durch diese indirekte Steuer die unteren Einkommensschichten ungleich stärker belastet werden.

Franz Jäger

SES-Notizen 3/80, Dezember 1980
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung, Auf der Mauer 6, 8001 Zürich. Tel. 01/69 13 23. *Redaktion:* Ruggero Schleicher, Schribstube Bern, Postfach 113, 3000 Bern 13, Tel. 031/41 68 86
Grafik und Gestaltung: Beat Frank, Bern.
Druck: Schenker Druck AG, Bern.